

Beschluss der 36. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 02.03.2013

Für ein jugendgerechtes Niedersachsen! Vier Forderungen an die neue Landesregierung

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. (LJR) begrüßt es, dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihren Wahlprogrammen klare Bekenntnisse zur Jugendarbeit in Niedersachsen abgegeben haben. Diesen Bekenntnissen müssen nun Taten folgen. Daher fordern die Jugendverbände in Niedersachsen von der neuen niedersächsischen Landesregierung:

Eigenständige Jugendpolitik auf allen Ebenen stärken

Jugendpolitik muss als eigenständiges Politikfeld gestärkt werden und als Querschnittsthema etabliert werden. Eine eigenständige Jugendpolitik nimmt die Interessen von Kindern und Jugendlichen in den Blick und trägt dem hohen Stellenwert der Jugendphase für ein gelingendes Aufwachsen Rechnung. Sie muss auf allen politischen Ebenen betrieben und muss gemeinsam mit Jugendlichen und Jugendverbänden gestaltet werden. Dafür bedarf es einer starken, selbstorganisierten Lobby für Jugendliche, die gestärkt werden muss. Neben der jugendverbandlichen Interessenvertretung auf Landesebene bedarf es entsprechender Strukturen auch auf der kommunalen Ebene.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. begrüßt daher insbesondere, dass Bündnis 90/DieGrünen in ihrem Wahlprogramm die Forderung des LJR aufgegriffen haben, in jedem Landkreis eine „Regionalstelle für freiwilliges Engagement in der Jugendarbeit“ einzurichten. Diese Regionalstellen müssen bei Jugendringen und Jugendverbänden angesiedelt werden.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert zudem alle Landtagsfraktionen auf, sich in der neuen Legislaturperiode an der Stärkung der eigenständigen Jugendpolitik zu beteiligen.

Kontinuierliche Arbeit durch zeitgemäße Jugendförderung sicherstellen

Auf der Landesebene muss die Jugendverbandsarbeit auch zukünftig über das Jugendförderungsgesetz abgesichert sein. Die Fördersätze für „Teilnahmetage“ müssen jedoch der Preissteigerung in den letzten 15 Jahren angepasst und entsprechend erhöht werden. Die zur Finanzierung notwendigen

Haushaltsmittel müssen zusätzlich - und nicht zu Lasten anderer Bereiche der Jugendarbeit - bereitgestellt werden. Darüber hinaus ist es unverzichtbar, dass auch auf der kommunalen Ebene finanzielle Mittel für die Förderung der Jugendarbeit zur Verfügung stehen. Richtigerweise verweist die SPD in ihrem Wahlprogramm darauf, dass Jugendarbeit Bestandteil der Daseinsfürsorge und somit keine freiwillige Leistung ist. Kommunen sind daher in die Lage zu versetzen, ihre Verantwortung für die örtliche Jugendarbeit wahrzunehmen.

Das Land ist aufgefordert, im Zuge seiner Gesamtverantwortung dazu beizutragen, dass es in ganz Niedersachsen entsprechende Förderung und Unterstützung gibt, dass die Fachlichkeit gewahrt bleibt und dass freie und öffentliche Träger die notwendige Unterstützung erhalten.

Beteiligung junger Menschen verbessern

Der Landesjugendring Niedersachsen begrüßt die Ankündigung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, das Wahlalter auch bei Landtagswahlen zu senken. Dies darf aber nur ein Baustein für mehr Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen sein. Auch Kommunen müssen dabei unterstützt werden, Beteiligungsprojekte durchzuführen und zu verstetigen. Dabei sind die Chancen und Möglichkeiten digitaler Medien, die wichtiger Bestandteil jugendlicher Lebenswelten sind, zu berücksichtigen.

Die Jugendarbeit verfügt über Erfahrung und Methoden für die politische Beteiligung und die politische Bildung junger Menschen, die es zu nutzen und zu fördern gilt. Jugendverbände sind die „Werkstätten der Demokratie“, politische Bildung junger Menschen muss daher in den Strukturen der Jugendarbeit verankert und dort gestärkt werden.

Freiräume für junge Menschen

Junge Menschen brauchen Freiräume, in denen sie sich entfalten und ausprobieren können. Die Jugendphase ist viel mehr als nur die Vorbereitung auf die Arbeitswelt - neben Schule und Studium muss es Freiräume für selbstgestaltete Freizeit und ehrenamtliches Engagement geben.

Die Jugendverbände im Landesjugendring fordern daher von der neuen Landesregierung, die schulischen Lehrpläne zu entfrachten und zu modernisieren sowie die Vereinbarkeit von ehrenamtlichem Engagement mit Ausbildung, Studium und Arbeit zu verbessern.

Die im Landesjugendring Niedersachsen e.V. zusammengeschlossenen Jugendverbände begrüßen es außerordentlich, dass beide Parteien angekündigt haben, Jugendpolitik gemeinsam mit dem Landesjugendring weiterentwickeln zu wollen, und freuen sich auf die Zusammenarbeit in der neuen Legislaturperiode.